

**01) Nordirland: Kommt es zum Sturz der Regierung aufgrund des „Protokolls“?**

10. 09. 2021



Bildquelle: Breizh-Info

Der Vorsitzende der größten unionistischen Partei Nordirlands, der DUP, droht mit dem Sturz der derzeitigen Regierung (die aus Republikanern und Unionisten besteht).

Jeffrey Donaldson droht damit, die lokale Regierung zu stürzen, wenn keine Fortschritte bei den Post-Brexit-Zollregelungen und dem Protokoll zur Irischen See erzielt werden. Um die Rückkehr einer Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland zu vermeiden, wurde mit dem hart erkämpften Nordirland-Protokoll eine De-facto-Zollgrenze zwischen der britischen Provinz, die weiterhin vom europäischen Binnenmarkt profitiert, und der britischen Insel geschaffen. Dieser Text, dem vorgeworfen wird, die Versorgung des Territoriums zu stören, hat den Zorn der Unionisten erregt, die an einem Verbleib im Vereinigten Königreich festhalten.

Für die Kontrollen von Waren, die aus Großbritannien nach Nordirland gelangen, wurde eine Schonfrist bis Ende September vereinbart, damit London und Brüssel eine Lösung für die durch das Protokoll entstandenen Probleme finden können. Die britische Regierung, die den Text neu verhandeln will, kündigte am Montag an, dass sie die Frist auf unbestimmte Zeit verlängern will. Die EU hat zugesichert, dass sie keine neuen Vertragsverletzungsverfahren einleiten wird, solange die Gespräche laufen.

Vor einem Treffen mit dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Maros Sefcovic, am Nachmittag forderte Donaldson „signifikante und substanzielle Änderungen“ an dem Protokoll. Die EU hat eine Neuverhandlung wiederholt ausgeschlossen. „Ich will es klar

sagen: Wenn die Wahl letztlich zwischen dem Verbleib im Amt oder der Anwendung des Protokolls in seiner jetzigen Form besteht, dann wäre die einzige Option für einen unionistischen Minister, nicht im Amt zu bleiben“, warnte Jeffrey Donaldson.

Diese Erklärungen spalten sogar die Unionisten (es gibt mehrere Parteien). Die Unionisten der UUP (Ulster Unionist Party) erklärten, sie würden der Drohung der DUP, die Minister aus Stormont abzuziehen und die Regierung wegen des Nordirland-Protokolls zu stürzen, nicht folgen. Der Vorsitzende der Ulster Unionist, Doug Beattie, erklärte, seine Partei sei ebenfalls gegen das Protokoll, wolle aber „pragmatische Lösungen und Engagement anbieten, während die DUP Drohungen aussprechen wird, die zu Instabilität und weiterem Schaden für unsere Menschen hier in Nordirland führen. Ich werde meine Partei gewiss nicht bitten, sich aus der Exekutive zurückzuziehen, während wir weiterhin mit einer Covid-19-Pandemie und ihren Auswirkungen auf ein Gesundheitswesen konfrontiert sind, das sich Herausforderungen von noch nie dagewesenem Ausmaß stellen muss. Wir können es uns einfach nicht leisten, die Institutionen von Stormont zusammenbrechen zu sehen, und die Menschen, einschließlich der Hunderttausenden von Menschen auf den Wartelisten, würden uns das nicht verzeihen. Wir werden uns konstruktiv einbringen und im Rahmen der Ersetzung des Protokolls praktische Lösungen vorschlagen. Wir werden weiterhin Druck ausüben, statt zu drohen“.

Mary Lou McDonald, Vorsitzende der irisch-republikanischen Partei Sinn Fein, sagte, der Schritt der DUP sei „ein rücksichtsloser, unverantwortlicher und kurzsichtiger Wahlauftritt“. Sie bedrohen die Stabilität der politischen Institutionen in einer Zeit, in der wir uns mitten in der Covid-Pandemie befinden, in der die Tories Familien und Arbeitnehmer mit weiteren Kürzungen unter Druck setzen und in der es viel zu tun gibt bei den Themen, die im täglichen Leben der Menschen eine Rolle spielen – bei den Wartelisten der Krankenhäuser, bei den Schulen, beim Wohnungsbau und bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft.“

McDonald erklärte, dass die Abberufung von DUP-Ministern aus den politischen Gremien des Nordens und des Südens auch einen klaren Verstoß gegen den Ministerkodex in Stormont darstellen würde. Sie wollte nicht beantworten, ob Sinn Fein rechtliche Schritte gegen ihre Regierungspartner einleiten würde, weil diese sich weigern, an grenzüberschreitenden Institutionen teilzunehmen. Auch der Vorsitzende der SDLP, Colum Eastwood, kritisierte das Vorgehen der DUP und warf der Partei vor, die Menschen in Nordirland zu erpressen. Herr Eastwood sagte, die Maßnahmen der DUP beruhten auf den „egoistischen politischen Interessen“ der Partei.

Man spürt, dass die Wahlen im schlammigen Nordirland näher rücken... Hoffen wir, dass die Gemeinden nicht wieder die Hauptlast des politischen Kalküls tragen müssen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

## 02) GB: Der Impfpass wird nun doch nicht eingeführt

14. 09. 2021



Foto: Flickr (CC BY 2.0/Marco Verch (Professional Photographer))

**Die britischen Behörden haben beschlossen, keinen Impfpass einzuführen, da die Durchimpfungsrate hoch genug ist.**

### **Kein Impfpass in Großbritannien**

Dies ist eine gute Nachricht für Briten, die ihre Freiheiten schätzen. Der britische Gesundheitsminister Sajid Javid gab am 12. September gegenüber der BBC bekannt, dass die Pläne zur Einführung eines Impfpasses für den Zugang zu bestimmten Orten und Veranstaltungen endgültig aufgegeben wurden.

Trotz der 35.000 Neuinfektionen, die nach Angaben der Gesundheitsdienste in der vergangenen Woche täglich in dem Land gemeldet wurden, konnten die britischen Behörden also eine gewisse Distanz zur Situation wahren.

**Anzahl der pro Tag im Vereinigten Königreich gemeldeten Fälle laut [coronavirus.data.gov.uk](https://coronavirus.data.gov.uk)**

Der betreffende Pass wäre also am Eingang von Einrichtungen wie Nachtclubs vorzuzeigen gewesen und hätte auch den Zugang zu bestimmten Großveranstaltungen ab Ende September bedingt.

Sajid Javid sagte: „Wir haben es gründlich überlegt, und obwohl wir es als mögliche Option im Hinterkopf behalten sollten, freue ich mich, sagen zu können, dass wir unser Impfpasprogramm nicht weiterverfolgen werden.“

### **Trotz höherer Durchimpfungsrate ist Frankreich stur**

Eines der Hauptargumente für die Entscheidung des britischen Gesundheitsministeriums war die Tatsache, dass mehr als 80 % der britischen Bevölkerung über 16 Jahren bereits zwei Dosen des Impfstoffs erhalten hatten, während der Minister einräumte, dass er „die Vorstellung nicht mag, dass die Menschen Papiere vorlegen müssen, um grundlegende Dinge zu tun. Eine Ansicht, die sein französischer Amtskollege Olivier Véran eindeutig nicht teilt.“

Auf der anderen Seite des Ärmelkanals war dieser Politikwechsel umso bemerkenswerter, als der Minister für Impfstoffe, Nadhim Zahawi, erst letzte Woche erklärt hatte, das Impfpas-System sei „der beste Weg“, um die Industrie nachts offen zu halten. Die Maßnahme wurde jedoch von der Nachtleben-Branche kritisiert, die die Einführung des Passes als „problematisch“ bezeichnete. Außerdem plant London für die Zukunft keine neuen Lockdown-Maßnahmen.

Dieser Pragmatismus sollte die französischen Staats- und Regierungschefs inspirieren, die sich eher von ideologischer Verblendung als von den gesundheitlichen Realitäten leiten lassen. Während der Gesundheitspass in Frankreich bis zum 15. November in Kraft ist, schließt die Exekutive eine Verlängerung über dieses Datum hinaus nicht aus. Sie schließt auch eine Impfpflicht für alle nicht aus.

Zum Vergleich: Am 13. September 2021 hatten 80,2 % der anspruchsberechtigten Bevölkerung in Frankreich alle erforderlichen Dosen des Impfstoffs erhalten. Die davon betroffene Bevölkerung umfasst Personen im Alter von 12 Jahren und darüber (im Vergleich: ab 16 Jahre in Großbritannien).



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*



### 03) England will Zuwandererboote künftig einfach zurückweisen

10. 09. 2021



Boris Johnson - Foto: Kuhlmann / Wikipedia CC BY 3.0 de

**Britische Patrouillen sollen dafür sorgen, dass die Boote nicht in britische Gewässer und schon gar nicht an die englische Küste gelangen. Innenministerin Priti Patel übermittelte entsprechende Instruktionen der Grenzschutzbehörde.**

Boris Johnson erklärte man werde „jede mögliche Taktik, die uns zur Verfügung steht“ nutzen, um weitere Überquerungen der Meerenge zu stoppen. Das Treffen zwischen Innenministerin Patel und ihrem französischen Amtskollegen Gérald Darmanin endete am Mittwoch ohne greifbares Ergebnis. Dementsprechend setzte England nun seine Interessen in die Tat um. Die Zurückweisung von Booten ohne Kooperation der französischen Behörden ist für „Experten“ in der Praxis fast nicht umsetzbar.

Angesichts der oft kaum seetüchtigen Boote, mit denen die Einwanderer unterwegs sind, seien mögliche Manöver der Grenzschutzpatrouille nur schwierig umsetzbar. Das Problem der Briten ist nur, dass seit dem Brexit illegal eingereiste Asylbewerber nicht mehr ohne weiteres an EU-Länder zurückgegeben werden können. Deshalb sieht sich Großbritannien wohl im Handlungszwang.

Frankreich hingegen reagierte auf die Ankündigungen mit Kritik. „Frankreich wird weder eine Praktik akzeptieren, die entgegen dem Seevölkerrecht ist, noch finanzielle Erpressung“, schrieb Innenminister Darmanin auf Twitter. Großbritannien müsse seinen Aufgaben und Pflichten nachkommen. Ebenso dürfe die Freundschaft der beiden Länder nicht gefährdet werden.

Doch die Briten sehen sich in der Bredouille. In den vergangenen Tagen kam es durch gute Wetterbedingungen zu einem dramatischen Anstieg an Überquerungsversuchen. Allein am Montag sollen dem britischen Innenministerium zufolge 785 Menschen in kleinen Booten

über den Ärmelkanal nach England gefahren sein. Insgesamt sind der *BBC* zufolge bisher 2021 mehr als 13.000 Menschen nach England gekommen sein. Im Gesamtjahr 2020 waren es nur 8.400 Menschen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

#### 04) „England gegen Rassisten 4:0“

Von Zsolt Bayer

04. 09. 2021



Bildquelle: BZ

Vielleicht sollten wir mit der Titelseite von iSport beginnen, auf der steht: „England gegen Rassisten 4:0“

Das heißt, England hat in der Puskás-Arena nicht gegen Ungarn gespielt, sondern gegen die „Rassisten“. OK, wir haben die Botschaft verstanden.

Aber dann müssen wir ein paar Dinge anprechen. Beginnen wir mit „vorgestern“, im Juli, als das Endspiel der Europameisterschaft zwischen England und Italien stattfand. Frage: Haben die englischen Fans die italienische Hymne ausgepiffen? Ja, sie haben gebuht. Frage: Gibt es eine größere Unhöflichkeit, als die Hymne eines anderen Landes auszubuhnen? Wohl kaum. Sind englische Fans rüpelhafte Rassisten? Ja. Hat sich die UEFA mit dem Rassismus und der Unhöflichkeit der Engländer auseinandergesetzt? Nein, das haben sie nicht.

Wie auch immer, gehen wir ruhig noch ein wenig weiter in die Vergangenheit zurück. Seit Jahrzehnten hat die Erde kein primitiveres Lumpenproletariat auf dem Rücken getragen als die englischen Supporter. Wo auch immer diese hässliche Bande hinging, hinterließ sie eine Spur von zerschlagenen, zerstörten, verprügelten Männern. So sehr, dass es Jahre gab, in denen diese englischen Bastarde praktisch überall verbannt wurden und gezwungen waren, zu Hause zu zertrümmern, zu beschmieren und zu kämpfen. Und wenn man auch noch sehen will, wie sich Menschen in Tiere verwandeln, gehen Sie doch zu einem dieser echten, gut gemachten englischen Junggesellenabschiede hier in Budapest, im Partyviertel.

Aber gehen wir noch weiter in der Zeit zurück! Lassen Sie mich einen Moment bei Lord Palmerstons Ausspruch innehalten: „England hat keine Freunde oder Feinde, England hat Interessen“. Nun, hier im „rassistischen“ Ungarn würde man für einen solchen oder ähnlichen Spruch ewige Ächtung bekommen, selbst in der letzten Kneipe. Aber das ist (war?) jahrhundertlang das Credo von England. Diese abscheuliche, selbstsüchtige, egozentrische Hybris, diese... wie sollen wir es sagen? Ich hab's! Rassismus!

Als beispielsweise die polnische Exilregierung Churchill von den Ereignissen in Katyn berichtete, sagte dieser zu den Polen, sie sollten den Mund halten, sie könnten sich nicht vorstellen, dass er Stalin wegen einer solchen Lappalie aus der Anti-Hitler-Koalition hinaussekeln würde.

Ist das nicht appetitlich? Und nebenbei bemerkt, vielleicht hat der englische Boden nie einen geistreicheren englischen Politiker, einen brillanteren Debattierer und Staatsmann als Churchill gehabt – außer, dass er keine Freunde, sondern nur Interessen hatte. Und dann wurden die Polen, die die ganze Zeit auf der richtigen Seite kämpften, von den Alliierten mit dem belohnt, womit auch wir Ungarn bestraft wurden: vierzig Jahre Kommunismus und sowjetische Unterjochung. Die großartigen Briten, Franzosen und Amerikaner ließen den Molotow-Ribbentrop-Pakt in Kraft – wenn auch ohne Ribbentrop. Bravo... Denn diese klugen Westler waren schon immer rassistisch gegenüber den Völkern und Nationen Mittel- und Osteuropas.

Übrigens war das Wesen und der Schöpfer des britischen Weltreichs nicht zufällig der Rassismus selbst. Die lieben Engländer waren in ihrer ganzen Geschichte rassistisch und sind dadurch reich geworden – und jetzt knien sie dumm auf dem Rasen der Fußballplätze, halten allen einen Vortrag über Rassismus und Antirassismus und denken, dass damit der jahrhundertlange Rassismus gelöst und gesühnt ist.

Das Problem ist nicht gelöst. Und um einen der ikonischen Sätze aus Buñuels brilliantem Film *Der diskrete Charme der Bourgeoisie* aufzugreifen und ein wenig zu verdrehen, sagen wir: es ist nicht Ihre Nation, um die wir uns scheren – wie der Film sagt -, denn wir identifizieren Ihre Nation mit Shakespeare, Byron, Yeats, Wodehouse und Monty Python.

Weil wir nicht rassistisch sind. Ist das klar?

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*



**05) Dänemark: Migranten müssen jetzt 37 Stunden pro Woche arbeiten, um Sozialleistungen zu erhalten**

08. 09. 2021



Dänemark - Foto: Public Domain

***Migranten in Dänemark müssen künftig 37 Stunden pro Woche arbeiten, um Sozialleistungen zu erhalten, teilte die Regierung am Dienstag mit. Während die Opposition diese Maßnahme kritisiert, sind die dänischen Behörden der Ansicht, dass sie den Migranten bei der Integration in die Gesellschaft helfen wird.***

Die dänischen Behörden kündigten am Dienstag, den 7. September, an, dass die im Land lebenden Migranten künftig mindestens 37 Stunden pro Woche arbeiten müssen, um Anspruch auf Sozialleistungen zu haben.

„Wir wollen eine neue Arbeitslogik einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen, und wenn sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie zu ihrem Vorteil arbeiten“, sagte Ministerpräsidentin Mette Frederiksen (Sozialdemokratische Partei) vor der Presse. „Zu viele Jahre lang haben wir vielen Menschen einen Gefallen getan, indem wir sie nicht um etwas gebeten haben“, fügte sie hinzu.

In ihrem Gesetzentwurf weist die Regierung darauf hin, dass sechs von zehn Frauen aus Nordafrika, der Türkei und dem Nahen Osten nicht auf dem dänischen Arbeitsmarkt vertreten sind.

Das neue Gesetz wird sich zunächst auf Migranten beziehen, die seit drei bis vier Jahren Leistungen beziehen und noch nicht ein bestimmtes Niveau an Bildung und Dänischkenntnissen erreicht haben.

Die Regierung hofft, dass das neue Gesetz den Migranten helfen wird, sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Quelle: [InfoMigrants](#)

**Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER**



**06) Dänemark: sozialdemokratische Regierung übernimmt von der „extremen Rechten“ befürwortetes einwanderungsfeindliches Modell**

05. 09. 2021



Dänemark - Foto: Public Domain

***Während einige Länder eine Welle von afghanischen Flüchtlingen fürchten, verfolgt Dänemark seit Jahren eine Asylpolitik, die von der Dänischen Volkspartei (einer Partei, die gegen Einwanderung ist) befürwortet und nunmehr auch von der sozialdemokratischen Regierung unterstützt wird.***

In Kopenhagen werden afghanische Flüchtlinge, die vor dem Taliban-Regime fliehen, nur in geringer Zahl aufgenommen. Das skandinavische Königreich macht keinen Hehl aus seinen Absichten: Dänemark möchte so wenig Flüchtlinge wie möglich haben und verkündet dieses Leitmotiv seit Jahren laut und deutlich, wobei es versucht, auch andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu bekehren. Mit einem Vorschlag, der eine große Kontroverse ausgelöst hat: Asylbewerber, die an die Tür klopfen, sollen in Länder außerhalb Europas geschickt werden, während ihre Fälle bearbeitet werden, oder sogar noch länger.

Die Idee, die zu einem Gesetz geführt hat, das Dänemarks Verhärtung in der Migrationsfrage symbolisiert, stammt nicht aus dem Kopf eines rechtsextremen Ideologen, sondern von der Sozialdemokratischen Partei, die, wie auch anderswo in Skandinavien, eng mit dem Aufbau eines großzügigen Wohlfahrtsstaates verbunden ist, der niemanden zurücklassen soll.

Für Professor Thomas Gammeltoft-Hansen von der Universität Kopenhagen „mussten die Sozialdemokraten handeln“, wenn sie ehemalige Wähler zurückgewinnen wollten, die zuvor von der rechtsextremen Dänischen Volkspartei abgeworben worden waren, die das kostspielige Sozialsystem für die „einheimische“ Bevölkerung reserviert sehen wollte.

Tatsächlich gab die islamfeindliche und flüchtlingsfeindliche Dänische Volkspartei seit 2001 den Ton in der Migrationspolitik des Königreichs an. Ohne jemals an einer Regierung

beteiligt gewesen zu sein, gelang es ihr, ihre Unterstützung für eine liberal-konservative Koalition – die sich im Parlament in der Minderheit befand – zu monetarisieren, indem sie eine wiederholte Verschärfung der Aufnahme von Flüchtlingen, die Gewährung von Sozialhilfe für Ausländer und die Familienzusammenführung forderte. Im Laufe der Jahre hat diese Härte gegenüber Einwanderern auf den Rest der politischen Klasse abgefärbt, mit Zustimmung einer Mehrheit der dänischen Wählerschaft.

LesObservateurs.ch

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [LES OBSERVATEURS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*

### **07) Schweden: Bericht über die Herkunft von Straftätern löst heftige Debatte aus**

Die Studie, die einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und Kriminalität herstellt, wurde ein Jahr vor den Parlamentswahlen veröffentlicht

02. 09. 2021



*Bildquelle: FDS*

Der Nationale Rat für Verbrechensverhütung, der zum Stockholmer Justizministerium gehört, veröffentlichte am Mittwoch, den 25. August, einen brisanten Bericht. Das Thema wurde sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite bereits ausführlich diskutiert und

wird zweifellos auch in den kommenden Monaten für Gesprächsstoff sorgen, da Unsicherheit und Einwanderung ein Jahr vor den Parlamentswahlen die politische Agenda beherrschen.

Auf 162 Seiten analysiert der Bericht die Kriminalitätsstatistiken zwischen 2007 und 2018 nach der Herkunft der Verdächtigen. Erste Beobachtung: Ein Einwanderer der ersten Generation (8 %) kommt 2,5 Mal häufiger mit dem Gesetz in Konflikt als eine Person, die in Schweden als Kind zweier schwedischer Elternteile geboren wurde (3,2 %). Zweitens sind dreimal so viele Einwanderer der zweiten Generation (10,2 %) Verdächtige in polizeilichen Ermittlungen wie Personen schwedischer Herkunft.

### **„Eine Last für Schweden“**

Der Bericht weist ferner darauf hin, dass der Anteil von Zuwanderern der ersten und zweiten Generation unter den Tatverdächtigen zunimmt. Dies gilt insbesondere für im Ausland geborene Personen, die 2018 29,8 % der Verdächtigen ausmachten (gegenüber 23,6 % elf Jahre zuvor). Besonders deutlich wird diese Überrepräsentation in Fällen von Mord und Diebstahl. Der Bericht befasst sich auch mit den Herkunftsländern der Verdächtigen und stellt fest, dass „Personen, die in den Regionen Zentral- und Westasiens und den verschiedenen Regionen Afrikas geboren wurden, überwiegen“.

Die Forscher sind sich der Sensibilität des Themas bewusst und weisen darauf hin, dass in einem Land, in dem sich die Einwandererbevolkerung innerhalb von zwanzig Jahren verdoppelt hat, die Herkunft der Verdächtigen nicht ausreicht, um dies alles zu erklären. Ihrer Meinung nach können auch andere Faktoren eine Rolle spielen, wie z. B. die sozioökonomische Herkunft, die psychische Gesundheit, die Bildung, die Erfahrungen der Eltern in ihrem Herkunftsland oder die Exposition gegenüber einem kriminellen Umfeld. Es ist erwähnenswert, dass die Arbeitslosenquote für in Schweden geborene Menschen in der ersten Hälfte dieses Jahres nach Angaben des statistischen Amtes SCB 5 % betrug, während sie bei Einwanderern 21,2 % betrug.

Die sozialdemokratische Ministerin für Justiz und Migration, Morgan Lohansson, bezeichnete die Ergebnisse des Berichts als „ziemlich erwartet“. Er sollte „nicht dazu benutzt werden, Einwanderer als schlechtere Menschen darzustellen“. „Einwanderer sind zwar in der Kriminalitätsstatistik überrepräsentiert, aber sie sind auch in den Gesundheitsberufen überrepräsentiert“, so die Ministerin. Für die Sozialdemokratische Partei und die linksradikale Vänsterpartiet ist das Problem nicht so sehr die Zuwanderung – die auf dem niedrigsten Stand seit 2008 ist – sondern die Integration.

„Eine sehr hohe Zuwanderung und eine sehr geringe Integration schaffen Ausgrenzungszonen und fördern die Kriminalität“, so der Vorsitzende der konservativen Partei, Ulf Kristersson. Vor dem Sommer hatte er gesagt, dass die Einwanderung „eine Belastung für Schweden“ geworden sei, insbesondere „unter dem Gesichtspunkt der Kriminalität“. Die extreme Rechte ihrerseits jubelt: Mit 20 % in den Umfragen sehen sich die Schwedendemokraten in ihrem Programm für einen totalen Aufnahmestopp von Flüchtlingen bestärkt.

Die Veröffentlichung des Berichts erfolgt zu einem besonders heiklen Zeitpunkt, da die Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Banden, die sich häufig aus Jugendlichen mit Migrationshintergrund zusammensetzen, in Schweden zu einem Ausbruch von Gewalt führen. Zwischen dem 1. Januar und dem 15. August verzeichnete die Polizei zweiundneunzig Schießereien, bei denen sechszwanzig Menschen getötet und siebenundfünfzig verletzt wurden. Darunter waren auch zwei Kinder im Alter von sechs und



acht Jahren, die am 18. Juli beim Spielen vor ihrem Haus im Vorort Flemingsberg, südlich von Stockholm, von einer verirrten Kugel getroffen wurden. Der Vorfall löste eine Welle der Empörung aus.

Im September 2020 hatte der sozialdemokratische Ministerpräsident Stefan Lôfven zum ersten Mal einen Zusammenhang zwischen Einwanderung und organisierter Kriminalität hergestellt und festgestellt, dass „bei hoher Einwanderung, wenn die Integration scheitert, ein größeres Risiko für diese Art von Problemen besteht“. Er forderte jedoch dazu auf, „Verbrechen nicht automatisch mit Hautfarbe oder Religion in Verbindung zu bringen“.

Quelle: [Fdesouche](#)

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER*